



ELTERNBRIEF

Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V.

- beim Schulministerium zur Mitwirkung anerkannter Verband - überparteilich -

www.elternverein-nrw.de

Recklinghausen, April 2016

Nr. 150

150 Elternbriefe – in 42 Jahren! Ein kleines Jubiläum! Rund 1.800 Seiten wurden gefüllt, immer aktuell, immer am Puls der Schulpolitik in NRW. Und das alles in ehrenamtlicher Elternarbeit! Das verdient Anerkennung und einen großen Dank – einen Dank an die zahlreichen Verfasser, die sich an die Schreibmaschine, später an den Computer gesetzt haben, um andere Eltern zu informieren und für die Schulumitwirkung fit zu machen, und an alle, die bei der äußeren Gestaltung der Elternbriefe mitgearbeitet haben. Die Hauptverantwortung lag natürlich immer bei den Vorsitzenden des Elternvereins. Neben Dr. Renate Albach, Walburga Stürmer und nun schon seit elf Jahren Regine Schwarzhoff war und ist es Dr. Gisela Friesecke, die als Gründungsvorsitzende und dann Ehrenvorsitzende sich von Beginn an für Aktualität und Niveau der Elternbriefe



eingesetzt hat. Noch immer darf ihr kundiger Blick bei keiner Neuerscheinung fehlen.

In all den Jahren ist der Elternverein seiner Linie und seinen Werten treu geblieben – für die Rechte der Eltern in der Schule, für die bestmögliche Förderung jedes einzelnen Kindes, für den Erhalt des gegliederten Schulsystems. Blättert man in den Elternbriefen von 1974 bis heute, so ergibt sich ein lebendiges Bild der Schulpolitik in unserem Land – angefangen von STOP KOOP und dem erfolgreichen Volksbegehren über die höchst emotional geführte Gesamtschuldiskussion, Öffnung von Schule bis hin zum aktuellen Reizthema Inklusion.

Auf viele weitere Elternbriefe – von Eltern für Eltern!

Regina Harlfinger

In diesem Elternbrief

Landesversammlung 2015:
Die Arbeit des Elternvereins NRW

Seite 2

Buchbesprechung:
Schule – quo vadis?

Seite 8

Fünf NRW-Elternverbände einig:
Pressemitteilung

Seite 5

Rauchen und Crystal Meth –
Keine Macht den Drogen!

Seite 7

Baustellen der Schulministerin:
**Inklusion,
G8 oder G9,
Sexualerziehung**

ab Seite 6

Vorlesen, Schreiben, Sitzenbleiben,
Schummeln, Bewegung
und vieles mehr
Wichtiges in Kürze

Seite 9

BERICHT VON DER LANDESVERSAMMLUNG 2015

26.OKTOBER 2015 - HAUS DER EV. KIRCHE IN DÜSSELDORF



Am 26. Oktober 2015 trafen sich die Mitglieder des Elternvereins NRW e.V. in Düsseldorf zu ihrer diesjährigen Landesversammlung. Die Landesvorsitzende Regine Schwarzhoff gab in ihrem Arbeitsbericht einen Überblick über das abgelaufene Geschäftsjahr 2014/15, gegliedert in acht Themenschwerpunkte:

- **Mitwirkung beim Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW**
- **Mitwirkung im Landtag NRW**
- **Zusammenarbeit im Aktionsbündnis Schule NRW**
- **Aktivitäten des Deutschen Elternvereins**
- **Weitere Aktivitäten des Elternvereins NRW**
- **Elternanfragen**
- **Medienpräsenz des Elternvereins**
- **Ausblick**

Allgemein sei festzustellen, sagte Frau Schwarzhoff, daß die Themen Flüchtlingskinder und Lehrermangel, sowie Gesichtsschleier („Burkaverbot“) die Gemüter erhitzen und endlich zu einer offenen und kontroversen Diskussion in Medien und Öffentlichkeit führten. Nur bestehe die Gefahr, daß dabei die schicksalhafte Benachteiligung von Generationen junger Menschen und der Verlust wertvoller Bildungstraditionen und hochwertigen gesellschaftlichen Grundwissens zu sehr in den Hintergrund treten.

Weiter führte sie aus:

Die **Mitwirkung beim Ministerium** für Schule und Weiterbildung NRW (MSW) wurde wiederum sehr sparsam gestaltet. Bei den zwei obligatorischen Elternverbändegesprächen mit der Ministerin und ihrem Stab hielt man sich wieder einmal so lange mit amtlichen Erläuterungen und Rechtfertigungen auf, daß wichtige Themen wie Lehrerversorgung und Unterrichtsausfall erstmal vertagt wurden. Der breiten Kritik aller Verbände an schlechter Versorgung mit Lehrerstellen wurde wie bisher mit Hinweisen auf „unterschiedliche Wahrnehmungen“ in Elternschaft und Aufsichtsbehörden begegnet. Wir machten deutlich, daß die Berechnungsgrundlagen offenbar nicht an den Erfordernissen der Realität ausgerichtet sind und auf den Prüfstand gehören. Zudem konnten wir einen Hinweis auf Probleme mit der Fahrkostenregelung für behinderte Schüler angesichts der jetzt ausgedünnten Förderschulversorgung geben, dem vom MSW nachgegangen werden soll.

Über die „Auswirkungen der Bildungskonferenz“ gibt es keine neuen Informationen – alles läuft weiter wie bisher: wo irgend möglich, wird auch den kleinsten Ge-

meinden eine große „Schule für alle“ aufgeschwätzt, damit Haupt- und Realschulen zugemacht werden können. Beispiel Wesel: Obwohl durch steigende Anwahl der klare Elternwille dokumentiert ist, daß die Realschule auf Jahre hinaus dreizügig gesichert ist, hat ein Bündnis aus SPD, Grünen, Linker und WWW/Piraten die Schließung der Realschule und der Hauptschule beschlossen. Stattdessen soll eine Dependence der Gesamtschule Lauerhaas dort eingerichtet werden. Der Elternverein NRW leistet gern Schützenhilfe bei einem Bürgerbegehren gegen solche Beschlüsse.

Der „Fachbeirat Inklusion“ ist offenbar zu kritisch geworden und hat dieses Jahr nicht ein einziges Mal getagt.

Im **Schulausschuß des Landtags NRW** gab es dieses Jahr keine Anhörung – auch sonst sind die Kontakte zu den Fraktionen relativ selten. Nur die FDP-Fraktion spielt noch eine Rolle als wahre Opposition, nachdem die CDU sich selbst durch ihre Zustimmung 2011 zum sogenannten Schulkonsens für zwölf (!) Jahre mundtot gemacht hat.

Gesetzänderungen initiieren inzwischen gern die Landtagsfraktionen Grüne und SPD, was zur Folge hat, daß eine Verbändebeteiligung umgangen werden kann – die ist nur bei Initiativen aus dem MSW vorgeschrieben. Diese Entwicklung sehen wir äußerst kritisch.

Das **Aktionsbündnis Schule NRW** hat sich auch dieses Jahr ziemlich regelmäßig getroffen. Gemeinsame Stellungnahmen werden immer wieder vorgeschlagen und auch geplant, aber eine Umsetzung fand bisher bedauerlicherweise nicht statt. Die Eltern könnten das Zugpferd für gemeinsame Initiativen sein und die Lehrerverbände als die Kenner des Alltages an den Schulen hätten eigentlich allen Anlaß, Protestaktionen mitzutragen.

Der **Deutsche Elternverein** hat kaum noch aktive Landesvereine – seine satzungsgemäßen Mitglieder. Es wird immer schwieriger, ihn aktiv zu erhalten. Wir benötigen dringend weitere Unterstützer. Bemühungen laufen.

Weitere **Aktivitäten des Elternvereins NRW** sind vielfältig: Verschiedenste Einladungen zu Tagungen und Kongressen erhalten wir, z.B. von Stiftungen, Institutionen, Wirtschaftsverbänden, Parteien und politischen Gruppierungen. Beispiele: Westdeutscher Handwerks-

kammertag, Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände ... Und aus dem regionalen Bereich: Berufswahlsiegel-Jury der Arbeitgeberverbände Bochum, Arbeitskreis seelisch gesundes Kind im Kreis RE, Schulkongreß der FDP und Ähnliche. **Jedes Mitglied des Elternvereins ist aufgefordert, in seinem Umkreis ebenfalls derartige Initiativen zu unterstützen** – damit werden wir einem größeren Elternkreis bekannt und können Mitglieder gewinnen.

Ähnlich eingestellte Verbände, so die Landeselternschaft Gymnasien NRW, der Verband der Privatschulen NRW und der ehemalige Realschullehrerverband lehrernrw, laden uns regelmäßig zu ihren Veranstaltungen ein. Wo irgend möglich, binden wir alle Vorstandsmitglieder in die Teilnahme ein.

Der Eindruck aus **Elternanfragen**: Eltern werden wieder wacher und mischen sich mehr ein und nehmen an der öffentlichen Diskussion in Medien über Sexualerziehung, Flüchtlingszustrom und Inklusion teil. Öfter erhalten wir nur einfach Zustimmung und Unterstützung für unsere klare Haltung.

Mehrfach haben wir inzwischen aber auch Familien mit ausländischer Herkunft unterstützt, die offenbar gut in unserer Gesellschaft integriert sind, aber von Schulleuten nicht immer so ernstgenommen werden, wie sie es selbstverständlich verdienen. Da sollen Kinder auf andere Schulen abgeschoben werden – häufig zu Förderschulen –, oder ihnen wird ein von den Eltern gewünschter Schulwechsel mit fadenscheinigen Argumenten verwehrt. Die Einzelfallbetreuung macht es erforderlich, sensibel und genau nachzufragen und die Einsatzmöglichkeiten des Elternvereins NRW sorgfältig abzuwägen.

Unsere **Medienpräsenz** nimmt erfreulich zu. Gerade im Herbst 2015 gab es viele Anfragen für Interviews. Jede Gelegenheit, den Elternverein NRW positiv in die Medien zu bringen, wird nach Möglichkeit genutzt. Häufig entsteht in der Veröffentlichung eine stark verkürzende Auswahl aus allen unseren differenzierenden Argumenten, auf die man keinen Einfluß hat. Daher müssen Äußerungen gezielt auf den Punkt gebracht werden, ohne die inhaltliche Differenzierung zu verlieren – immer eine Gratwanderung. Schon zweimal sind wir in einer Meldung der Deutschen Presse-Agentur dpa zu Wort gekommen – dies bedeutet eine deutschlandweite Aufmerksamkeit für unsere Stellungnahme.

Vielen Dank, daß viele von Ihnen uns Artikel ausschneiden und zuschicken, damit wir die Ergebnisse zur

Kenntnis bekommen. Daran sehen wir, daß unsere Arbeit sich lohnt.

Unsere Internetpräsenz hat ein neues Gesicht bekommen und kann nun von mehreren Leuten bearbeitet werden. Wir arbeiten noch an einer häufigeren Aktualisierung. Nach wie vor gibt es viel zu tun, wie das derzeit wachsende Medieninteresse beweist.

DER NEUE VORSTAND

Vorsitzende: Regine Schwarzhoff, Recklinghausen
 Stellvertr. Vorsitz: z.Zt. vakant
 Schatzmeister: Matthias Laue, Fröndenberg
 Beisitzer: Christof Cieslik, Leverkusen
 Andrea Heck, Düsseldorf
 Michaela F. Heereman, Meerbusch
 Frank Lange, Waiblingen

Ein herzlicher Dank gilt den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Paul-Gerhard Gressel und Gudrun Gräfin Nesselrode für ihre lange wertvolle Mitarbeit. Besonders danken wir unserem langjährigen Schatzmeister Frank Lange, der trotz Umzugs nach Baden-Württemberg seine Arbeit in der Mitgliederbetreuung und im Kassengeschäft noch Jahre in vorzüglicher Weise fortgeführt hat und uns nun als Beisitzer weiterhin die Treue hält.

Der **Ausblick** auf die weitere Arbeit enthält zunächst eine Bilanz: Sekundar- und Gesamtschulgründungen haben wir leider selten aufhalten können. Dies konnten nur Eltern vor Ort, denen sich mittlerweile die weitgehend negativen Folgen des Umbaus der Schullandschaft offenbaren: zu weite Wege, zu große Schulen, zu wenig (Fach-) Lehrer, zu wenig und zu wenig leistungsbezogener Unterricht, zu geringe Vorbereitung ihrer Kinder auf Berufsausbildung oder Studium. Die NRW-Landesregierung gibt mittlerweile Hochschulen eine Kopfprämie, aber nicht mehr für jeden Studienanfänger, sondern für jeden Absolventen, dem die Hochschule einen Abschluß zubilligt. Ein Schelm, der Böses dabei denkt? Es gilt also, die katastrophale Bildungspolitik der Landesregierung weiter anzuprangern und Eltern stark zu machen für ein fundiertes, erfolgreiches Eintreten für bessere Bildung ihrer Kinder.



Anschließend war zu einem **öffentlichen Vortrag zum Thema „Sexualpädagogik der Vielfalt, Gender – was bedeutet das für unsere Schulen?“** der Organisatorin der Stuttgarter „Demo für alle“ Hedwig Freifrau von Beverfoerde eingeladen. Leider konnte dieser Vortrag nicht stattfinden. Unsere Pressemitteilung dazu

PRESSEMITTEILUNG 27.10.2015 „VIELFALT“ MIT REIZWIRKUNG

Die Vortragsveranstaltung des Elternvereins NRW am vergangenen Montag zum Thema „Sexualpädagogik der Vielfalt, Gender – was bedeutet das für unsere Schulen?“ fand lebhaftes Interesse bei einem überwiegend jüngeren Publikum. Allerdings erschienen die Zuhörer mit Protestplakaten und Spruchbändern und bevölkerten eine Stunde vor Beginn den Zugang zum Veranstaltungsort, dem Haus der Kirche in Düsseldorf.

Mit einem Spalier aus Protestplakaten erwarteten sie die Referentin, Hedwig von Beverfoerde, die Koordinatorin der „Demo für Alle“, die mit stetig wachsendem Zulauf in Stuttgart gegen die Sexualpädagogik der Vielfalt im dortigen Bildungsplan protestiert. Nachdem klar wurde, daß die Störer mit ausdrücklicher Zustimmung der Verantwortlichen des Hausherrn, der evangelischen Kirche, auftraten und durch die Blockade des Eingangs schon etliche interessierte Zuhörer abgeschreckt hatten, außerdem eine ordnungsgemäße Durchführung der Veranstaltung nicht möglich schien, wurde statt des Vortrags eine Diskussion eröffnet. Zunächst erläuterte Vorstandsmitglied Michaela F. Heereman, daß es dem Elternverein NRW darum geht, die Schüler und Schülerinnen vor dem erklärten Ziel der „Sexualpädagogik der Vielfalt“ zu bewahren: die sexuelle Orientierung von Kindern und Jugendlichen zu „veruneindigen“, zu „verwirren“ bzw. zu „verstören“. Anschließend begründete die Referentin Hedwig



von Beverfoerde ihre Haltung gegen eine Indoktrination durch schulische Sexualerziehung. Dabei kam es zu rüden Unterstellungen und Anschuldigungen, u.a. zu einer Gleichsetzung der Kritik des Elternvereins mit der Argumentation der Nationalsozialisten. Mehrfach wurden die Eltern als „Homohasser“ und „homophob“ beschimpft.

Die Vorsitzende des Elternvereins NRW e.V., Regine Schwarzhoff, beendete die Veranstaltung friedlich, aber vorzeitig, da eine sachliche und respektvolle Erörterung des Themas nur schwer möglich war. In anschließenden Einzelgesprächen stellte sich jedoch heraus, daß es gerade zum Umgang mit Kindern unter vielen Teilnehmern und den Eltern etliche Übereinstimmungen gibt. Hätte man unvoreingenommen und ohne vorherige Proteste und Provokationen den Vortrag angehört und anschließend sachlich diskutiert, wäre dies für alle sichtbar zutagegetreten.

Verantwortlich: Regine Schwarzhoff, T. 0170 4943212

Der Vortrag wird in Kürze auf unserer Internetseite veröffentlicht: www.elternverein-nrw.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Elternverein NRW e.V.
Erlemannskamp 30,
45659 Recklinghausen
T 02361 901729
www.elternverein-nrw.de

Vereinsregister: VR 3861 Amtsgericht Bonn

Bezugspreis: im Mitgliedsbeitrag enthalten
Druck: Schützdruk GmbH
Oerweg 20
45657 Recklinghausen

Erscheint zweimal jährlich

Verantwortlich: Regine Schwarzhoff, Recklinghausen
T 0170 4943212

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet,
Belegexemplar erbeten

Konto: Sparkasse KölnBonn
Nr. 28000743 BLZ 37050198
IBAN DE26 3705 0198 0028 0007 43
BIC COLSDE33

PRESSEGESPRÄCH AM 08.03.2016 IN DÜSSELDORF

Die Parteien SPD und Grüne planen, in NRW eine gesetzliche Elternvertretung einzuführen. Zu diesem Vorhaben stellten sich fünf Elternverbände im Rahmen des Aktionsbündnisses Schule einem Pressegespräch und gaben folgende **Pressemitteilung** heraus:

- Elternverein NRW
- Landeselternschaft der Realschulen NRW e.V.
- Landeselternschaft der Gymnasien NRW e.V.
- Kath. Elternschaft Deutschlands in NRW (KED in NRW)
- Landesverband NW der Eltern u. Förderer sprachbehinderter Kinder und Jugendlicher e.V.

Elternverbände fordern den Erhalt ihrer Mitwirkung! Gegen die Zerschlagung der Fachkompetenz in der Schulpolitik Einheits-Elternvertretung ist das Ende demokratischer Meinungsvielfalt!

Auf massiven Widerstand stößt das Vorhaben der rot-grünen Landtagsfraktionen, die bisherigen Rechte der Elternverbände auszuhebeln. Pläne sehen vor, statt der bisherigen, auch schulformbezogenen Elternorganisationen nur noch eine über Stadt- und Kreiselternschaften hin zur Landesebene „durchgewählte“ schulformübergreifende Vertretung in der Mitwirkung anzuerkennen.

Die Vorsitzenden der im Aktionsbündnis Schule organisierten Elternverbände werten dies als Entmündigung. Es bedeutet das Ende der fach-, werte- und schulformbezogenen Elternvertretungen in Nordrhein-Westfalen. Dieses Vorgehen ist dialogfeindlich, ein Affront gegen Meinungspluralismus und straft sämtliche Zusagen fairer schulpolitischer Beteiligung Lügen. Mit Blick auf die Negativerfahrungen in anderen Bundesländern befürchten die Elternverbände eine Politisierung ihrer Arbeitsweisen.

„Wir lassen uns nicht mundtot machen!“, erklären die Vorsitzenden Regine Schwarzhoff (Elternverein), Johannes Papst (Landeselternschaft Realschulen), Ulrich Czygan (Landeselternschaft Gymnasien), Dr. Herbert Heermann (Kath. Elternschaft NRW) und Jochen-Peter Wirths (Landesverband der Eltern und Förderer sprachbehinderter Kinder und Jugendlicher).

Wir fordern: „Dialog statt Monolog!“

Für den Fall, dass die Landesregierung bei ihrem Konfrontationskurs bleibt, kündigen die Elternverbände im Rahmen eines Pressegesprächs in Düsseldorf die Mobilisierung ihrer Mitglieder an.

Düsseldorf, den 08. März 2016 gez.

Regine Schwarzhoff, Johannes Papst, Ulrich Czygan, Dr. Herbert Heermann, Jochen-Peter Wirths, Peter Silbernagel, Sprecher des Aktionsbündnisses Schule

ELTERNVEREIN AUF DER TITELSEITE DER RHEINISCHEN POST AM 09.03.2016

Ultimatum wegen Unterrichtsausfalls

Elternverbände verlangen von Schulministerin Sylvia Löhrmann bis zur Wahl 2017 eine Erhebung mit breiterer Datenbasis. Die offizielle Stichprobe zweifeln sie an. Löhrmann verteidigt ihr Vorgehen.

VON FRANK VOLLMER

DÜSSELDORF Mehrere nordrhein-westfälische Elternverbände fordern von der Landesregierung größere Anstrengungen im Kampf gegen den Unterrichtsausfall. Es ist möglich, in einigen Monaten, vielleicht einem Vierteljahr, ein System an den Start zu bringen, das eine digitale Erhebung und Übermittlung der Daten auf Knopfdruck möglich macht“, sagte der Vorsitzende der Landeselternschaft der Gymnasien, Ulrich Czygan, unserer Redaktion. Zumindest eine wöchentliche Übermittlung sollte das Ziel sein. Das sei „auf jeden Fall noch vor der Landtagswahl“ nötig, damit wir ein etliches Zwischenergebnis zum Unterrichtsausfall bekommen“, sagte Czygan. NRW wählt am 14. Mai 2017, dem Muttertag. Seit Jahrzehnten tobt ein erbitterter Streit darüber, wie hoch der Unterrichtsausfall an den Schulen tatsächlich ist. Heute wird das Thema erneut im Schulausschuss des Landtags diskutiert; erwartet wird ein Bericht von Ministerin Sylvia Löhrmann (Grüne). Das Ministerium hatte für das vergangene Schul-

jahr über eine Stichprobe eine Quote von 1,7 Prozent ersatzlos ausgefallenen Unterrichts genannt; diese Zahl wird von vielen Eltern angezweifelt. Die Landeselternschaft hat eine eigene Stichprobe vorgelegt, die auf eine Ausfallquote von 6,4 Prozent kommt; eine Online-Petition, die die Vorsitzende der Elternschaft Düsseldorfer Schulen, Britta Zalbentus, gestartet hat, nennt zehn Prozent. Bis gestern hatten rund 8900 Menschen die Petition unterzeichnet, die seit Oktober im Netz steht und die Einstellung von 8000 zusätzlichen Lehrern in NRW fordert. Löhrmann selbst hatte im vergangenen Sommer eingeräumt, in NRW fehlten 3500 Lehrerstellen, davon allein 1000 an Gymnasien. Zalbentus will wie Czygan, dass alle Schulen an der Datenerfassung teilnehmen. „Den Einstieg in die Vollerhebung muss es bis zur Wahl geben.“ Bis zum Frühjahr 2017 sei „ein erstes messbares Ergebnis“ nötig, „und dann soll jede Partei sagen, wie sie damit umgehen will“.

Dem stimmt die Vorsitzende des Elternvereins NRW, Regine Schwarzhoff, zu: „Ein paar Monate sollten ausreichen, um ein solches digitales System auf die Beine zu stellen. Das Ministerium muss noch vor der Wahl die Ausfallquote wie eine Fieberkurve erheben können und auch regelmäßig veröffentlichen.“ Löhrmann gefährde ihren Ruf, „wenn sie jetzt nicht aus den Puschen kommt“.

ausfällt, weil nur auf Sicht gefahren wird, verlieren auch die Eltern das Verständnis dafür“, sagte Thomas Minor von der Landeselternschaft der Grundschulen. Die Politik sei „gut beraten, nicht weiter den Eindruck entstehen zu lassen, dass man ein strukturelles Defizit einfach hinwegwünscht“. Nach Minors Vorstellung sollten so viele Schulen wie möglich, vor allem weiterführende, an einer Erhebung teilnehmen: „Bis zur Landtagswahl sollten da schon einige Zahlen einfließen“.

Löhrmann selbst zeigt sich weiter skeptisch gegenüber einer Vollerhebung. „Was wir brauchen, ist Steuerungswissen. Und das erhalten wir bereits jetzt mit der Fortschreibung der Stichproben, die wir jährlich machen.“ Dadurch werde bereits deutlich, „ob es im Durchschnitt einen grundsätzlichen Anstieg des Unterrichtsausfalls gibt oder nicht“.

Mit einer Erhebung, „egal ob Stichprobe oder Vollerhebung“, werde aber „nicht eine einzige ausgefallene Stunde vermieden“. Relevant seien allein die Ursachen, betonte die Ministerin. „Und die müssen und wollen wir angehen.“

INFO 1,7 Prozent ermittelte das Ministerium

Grundlage Für die aktuelle Stichprobe hat das Ministerium in zwei Wochen im September 2014 Daten an 770 Schulen erhoben.

Ergebnis 1,7 Prozent des Unterrichts fielen ersatzlos aus. Am höchsten (2,9 Prozent) ist die Quote an Realschulen und in der Sekundarstufe I der Gesamtschulen, am niedrigsten an Förderschulen (1,0) und an Oberstufen von Gymnasien und Gesamtschulen (je 1,1).

Stimme des Westens Seite A 2

» Elternverbände verlangen von Schulministerin Sylvia Löhrmann bis zur Wahl 2017 eine Erhebung mit breiterer Datenbasis. Die offizielle Stichprobe zweifeln sie an. Löhrmann verteidigt ihr Vorgehen.

...die Vorsitzende des Elternvereins NRW, Regine Schwarzhoff...: „Ein paar Monate sollten ausreichen, um ein solches digitales System auf die Beine zu stellen. Das Ministerium muss noch vor der Wahl die Ausfallquote wie eine Fieberkurve erheben können und auch regelmäßig veröffentlichen.“ Löhrmann gefährde ihren Ruf, „wenn sie jetzt nicht aus den Puschen kommt“.

NEUES ZU BAUSTELLEN DER SCHULMINISTERIN (GRÜNE)

1. Inklusion

Im Gegensatz zu NRW hat sich Mecklenburg-Vorpommern behutsam der Inklusion angenommen. Das dortige Schulministerium veranstaltete im Jahr 2012 an der Universität Rostock einen Ersten Inklusionskongreß, dem inzwischen weitere folgten. Die Beiträge des 1. Kongresses wurden in einer Dokumentation mit dem Titel veröffentlicht: „Das Menschenbild der Inklusion“. Ein Beitrag darin stammt vom noch amtierenden Schulminister Mathias Brotkorb (SPD). Er nannte ihn: „Warum Inklusion unmöglich ist - Über schulische Paradoxien zwischen Liebe und Leistung“ und widmete sich ausführlich den Aufgaben von Schule. Sie habe „Allokationsfunktion“, d.h. sie müsse den Kindern den Weg ins Berufsleben bahnen und zwar je nach ihren Leistungsmöglichkeiten. Das sei gerechter als ein Aufstieg nach Beziehungen. Eine radikale Inklusion könne das nicht leisten. Seine Meinung: „Inklusion ist Kommunismus für die Schule“. Leider ist die Dokumentation nicht mehr auf der Homepage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur MV abrufbar.

Die in NRW nahezu blind und unvorbereitet durchgesetzte Inklusion stößt mittlerweile auch auf Kritik ihrer grundsätzlichen Befürworter. So hat der Hauptpersonalrat Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen, Sekundarschulen und Primus-Schulen – also der Sprecher für Lehrkräfte, die das gleichzeitige Unterrichten von Minderbegabten und Hochbegabten täglich bewälti-



gen müssen – dem Schulministerium schwere Mängel vorgehalten. Es verhielte sich zu den Berichten über schwerwiegende Probleme bei der Inklusion von Behinderten wie die drei Affen: Nicht-Sehen, Nicht-Hören und Nicht-Sprechen (Information 2016 des HPR Gesamtschulen, Gemeinschafts-, Sekundarschulen und Primus-Schulen)!

Michael Felten, Pädagoge und Publizist, hat zu den drängenden Fragen der Inklusion ein Diskussionsforum im Internet eröffnet: <www.inklusion-als-problem.de>. Seinem als Einleitung gedachten Memorandum „Inklusion in der Schule, ein riskantes Experiment ...“ hat er die folgenden 5 Grundsätze vorangestellt:

I. Die Schule macht schon genug Sorgen

In Kürze: Vieler Orts lernen Schüler zu oberflächlich, bundesweit ist das Problem der „Risikoschüler“ ungelöst, eine systematische Qualitätsentwicklung des Regelunterrichts hat gerade erst begonnen. Ist da eine forcierte oder gar totale Ausweitung der Heterogenität verantwortbar?

II. Bewährte Integration, zweifelhafte Inklusion

In Kürze: Seit Jahren werden einzelne Schüler mit Behinderungen erfolgreich integrativ unterrichtet - allerdings nicht zum Nulltarif. Wenn zukünftig alle Schüler zwanghaft gemeinsam beschult würden, droht weithin „wohlwollende Vernachlässigung“. Empirische Befunde zur Lernwirksamkeit in inklusiven Settings sind höchst ambivalent, in der Sekundarstufe (Sachkomplexität, Pubertät) fehlen sie weitgehend.

III. Deutschland hat das Bildungsrecht für alle Kinder längst gesichert

In Kürze: Die hiesigen Förderschulen sind der Teil des allgemeinbildenden Schulsystems, der gesellschaftliche Teilhabe durch spezifische Unterstützung herbeiführen soll; solche besonderen Maßnahmen gelten laut Konvention gerade nicht als Diskriminierung.

IV. So viel Integration wie möglich, so viel Separation wie nötig!

In Kürze: Auch im Pädagogischen läßt sich ein Spektrum des Normalen und Bereiche des Besonderen unterscheiden. Allzu Ungleiches sollte man weder gleich noch zeitgleich behandeln. Es gilt, die Goldene Mitte zwischen menschlich Wünschbarem und schulpädagogisch Machbarem auszuloten.

V. Keine Denktabus, keine Maulkörbe!

In Kürze: Jedes Kind braucht den für es geeignetsten Lernort - dies kann durchaus (wie weltweit üblich) auch eine Spezialschule oder -klasse sein. Das Entwicklungswohl von Schülern ist primär eine Frage von Unterrichtsqualität und Förderressourcen, nicht der Schulstruktur. Darüber brauchen wir mehr öffentliche Debatte.

Je öffentlicher die Debatte wird, umso eher wird das Schulministerium seine Haltung von „Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Sprechen“ aufgeben!

G8

G9

2. G8 oder G9

Im letzten Elternbrief war zu berichten, daß der Landtag am 24. Juni 2015 den Antrag der Volksinitiative „G9 jetzt in NRW“ auf Rückkehr zu G9 ablehnte. Damit ist die Rechtslage klar, nicht gelöst sind aber die Probleme.

Ob G8 gelingen kann, hängt von der Gesamtgestaltung des Schulwesens ab. So sind keine Schwierigkeiten mit G8 aus Sachsen bekannt. Bei bisherigen nationalen und internationalen Schulleistungsvergleichen gehörte Sachsen in die deutsche Spitzengruppe, während NRW sich bei den Schlußlichtern fand. Das Gymnasium führt dort die Klassen 5-10 als Sekundarstufe I, an die sich eine zweijährige gymnasiale Oberstufe der Klassen 11 und 12 anschließt. Nach §34 des sächsischen Schulgesetzes entscheiden Eltern auf Empfehlung der Schule über den Bildungsweg ihres Kindes sowohl am Ende der Grundschule wie auch am Ende der Klassen 5 und 6. Die Empfehlung erfolgt „nach Eignung der Schüler für den Bildungsgang entsprechend ihrer Begabung und Leistung“. Dazu schreibt §6 der Schulordnung Gymnasium von 2012 über Aufnahmebedingungen vor: Aufgenommen wird, „wenn 1. die Bildungsempfehlung für das Gymnasium erteilt oder 2. die Eignungsprüfung gemäß §7 bestanden wurde“. Die Bildungsempfehlung wird gegeben, wenn in der Halbjahrsinformation oder am Ende des Schuljahres ein Notendurchschnitt in Deutsch, Mathematik und Sachunterricht von 2,0 oder besser erreicht ist und keines der Fächer ausreichend oder schlechter benotet wurde (www.schule.sachsen.de/1787.html). Bei diesen Lernvoraussetzungen der Schülerschaft erscheint ein inhaltlich vollwertiges G8-Abitur erreichbar.

Ein anerkannter Hochschulpädagoge aus NRW zählt zu den Kritikern von G8: Prof. Dr Rainer Dollase aus Bielefeld. Nach einer Anhörung im saarländischen Landtag zu G8/G9 äußerte er u.a.: „Demokraten tragen demokratisch gefaßte Beschlüsse, selbstverständlich. Nur – wie sich die G8/G9 Frage auch entwickeln wird – man wird niemanden zwingen können, mehrheitlich beschlossenen Unsinn im Nachhinein als Sinn zu bezeichnen. Das müssen sich nun alle G8-Befürworter final und permanent vorhalten lassen: Sie haben beschlossen, das Niveau bundesdeutscher Abiturleistungen zu senken. Denn eine unumstößliche praktische, wissenschaftliche und theoretische Evidenz kann man so wenig demokratisch aushebeln wie die Tatsache, dass 2 plus 2 vier ist: ein Jahr mehr Schule bis zum Abi macht ein Jahr persönliche Entwicklung und Bildung mehr“ (www.g9-jetzt-nrw.de/2-titelseite/108-stolz-auf-den-abschied-von-der-vernunft.html).

Eine neue Eltern-Umfrage, wissenschaftlich betreut von Prof. Rainer Dollase, hat die Landeselternschaft der Gymnasien in NRW am 16. April 2016 in Witten vorgestellt, mit eindeutigem Ergebnis: In einer Onlinebefragung sprachen sich 88 % der Eltern für eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium aus. Ausgewertet wurden dafür fast 26400 Fragebögen. Einige Eltern wurden auch postalisch befragt: Dabei waren 79 % für G9. Unter den Befürwortern von G8 waren Eltern mit gut lernenden Kindern. Vorgestellt wurden die Zahlen; mit dem wissenschaftlichen Bericht auch zu den organisatorischen Bedingungen wird in einigen Wochen gerechnet.



3. Sexualerziehung

Vielleicht alarmiert durch den Unmut vieler Bürger über ablehnende Entscheidungen von Schulleitungen hat sich das Schulministerium mit der Regelung für Befreiungen vom Unterricht bereits im Mai 2015 beschäftigt. Der neue Erlaß wurde allerdings erst im Amtsblatt von Juli/August 2015 veröffentlicht. Mit dem Hinweis auf diesen Erlaß beantwortete im Oktober 2015 das Schulministerium unser Schreiben zur möglichen Verletzung des Grundrechts auf Gewissensfreiheit von Kindern und Eltern (EB 149 S.6). Der Erlaß lautet:

„Bei Anträgen auf Befreiung vom Unterricht oder sonstigen verbindlichen Schulveranstaltungen aus religi-

ösen Gründen sind die gegenüberstehenden Interessen gegeneinander abzuwägen. Der Schule obliegt aus der Verfassung ein staatlicher Bildungs- und Erziehungsauftrag, der durch die Schulpflicht umgesetzt ist; dem stehen die Religionsfreiheit der Schülerinnen und Schüler und das elterliche Erziehungsrecht in religiöser Hinsicht gegenüber. Das religiöse Selbstverständnis und der entstehende Glaubens- und Gewissenskonflikt sind im Einzelfall darzulegen. Beeinträchtigungen religiöser Überzeugungen durch die Schule sind als typische, von der Verfassung einberechnete Begleiterscheinung des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrages hinzunehmen.



Befreiungen kommen daher nur in Ausnahmefällen in Betracht. In Zweifelsfällen ist die Entscheidung mit der Schulaufsicht abzustimmen“ ((RErI v.29.05.2015, ABl. NRW 7/8-15, BASS 12-52 Nr.1- 5.2).

Dieser Erlass ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber er unterdrückt die Rechtsfolgen von möglichen Verletzungen des Grundrechts auf Gewissensfreiheit bei Wissenskonflikten von Schülern und Eltern durch die schulische Sexualerziehung. Der Elternverein NRW schrieb deshalb im November eine neue rechtliche Dar-

legung an die Schulministerin, die ihr Haus im Januar beantwortete, ohne auf unsere Argumente einzugehen. Folglich war ein erneutes Schreiben an die Schulministerin fällig, auf das eine Antwort noch aussteht und das endet: „Soll in den Schulen von NRW das Gewissensgrundrecht keine Gültigkeit haben, weil staatliche Macht es nicht zur Kenntnis nimmt und die Bußgeldkeule schwingt?“.

Dr. Gisela Friesecke

„SCHULE – QUO VADIS?“ EINE BUCHBESPRECHUNG

Der Titel ist Programm! Wohin geht die Schule in Deutschland?

Das Buch von Peter Maier beschreibt in einer eingängigen und ehrlichen Weise die aktuelle Schulsituation in unserem Land. Es ist nicht ungewöhnlich zu hören, dass Kinder und Jugendliche mit dem G8 System überfordert und es leid sind. Aber was ist mit unserer Schulbildung los? Viele Eltern und Behörden melden sich zu Wort, wenn es um dieses Thema geht. Hier lesen wir über die Position eines sehr erfahrenen Lehrers, der viel zu berichten hat.

Gleich zu Anfang des Buches finden wir eine Liste mit sehr fundierten und kritischen Argumenten. Diese erläutern die häufigsten Probleme in unserem Land, die in Verbindung mit Bildungsreformen entstanden sind.

Im weiteren Verlauf wird eine interessante Beschreibung der Initiationsriten für Jugendliche gegeben, die hierzulande in Vergessenheit geraten sind, aber schwierigen Jugendlichen den Schritt in das Erwachsenenleben erleichtern können. Der Initiationsgedanke ist für den Autor zu „dem“ Schlüssel in der Pädagogik geworden.

Der erfahrene Gymnasiallehrer spricht sich für eine Pädagogik des Herzens aus, bei der die Schüler als Integralwesen betrachtet werden. Die Persönlichkeits-

entwicklung der Kinder und Jugendlichen soll eine zentrale Rolle in der Bildung spielen. Es soll eine positive Bindung zu den Lehrern entstehen, die sich nicht nur um die Wissensvermittlung kümmern, sondern idealerweise die Situation der Kinder erkennen und die ihre Bedürfnisse verstehen. Maier tritt ein für eine Werteerziehung, die die Kinder sozialkompetent macht.



Plädoyer für eine Pädagogik des Herzens

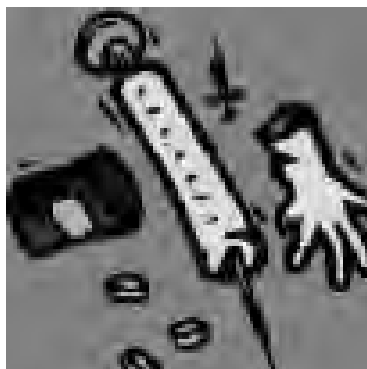
Das Buch beschreibt eine Pädagogik, die nicht nur die hohen Ansprüche der Wettbewerbsgesellschaft erfüllt, sondern auch eine Beachtung der emotionalen und seelischen Bedürfnisse der Kinder sicherstellt.

Andrea Heck

„Schule – quo vadis?“ von Peter Maier
Edition Octopus ISBN/EAN: 9783956456596

KEINE MACHT DEN DROGEN

Euphorisch und unberechenbar“



Diese Überschrift trägt ein Beitrag der FAZ vom 09. März 2016 zu Crystal Meth. Gleich zu Anfang heißt es „Immer mehr Menschen konsumieren Crystal Meth – das passt in die Leistungsgesellschaft: Die Droge putscht auf, macht aber auch aggressiv“.

Und ein verantwortlicher Wissenschaftler, Boris Quednow von der Universitätsklinik Zürich, ergänzt: „Das Gefährliche an Crystal Meth ist: Es wirkt länger als andere Drogen, hat ein hohes Suchtpotential und verursacht langfristige Schäden im Gehirn“. Dem ausführlichen Beitrag ist weiter zu entnehmen: Man kann diese Droge schlucken, schnupfen, rauchen oder spritzen und erreicht ein Hochgefühl mit fabelhafter Kraft. Reizvoll ist, daß es leicht herstellbar ist und nur ein- oder zweimal am Tag genommen werden muß, um topfit zu sein und zu bleiben. Hunger und Durst werden ausgeblendet. Diese Eigenschaften erklären, warum sich Cristal Meth steigender Beliebtheit erfreut, die sich durch Analyse der Abwässer wegen der Abbauprodukte sogar nachweisen läßt. Die Droge gehört in die Gruppe der Methamphetamine und ähnelt Speed und Ecstasy.

Nicht ausreichend bekannt sind die Folgen der Einnahme. Eine Überdosis läßt die Betroffenen in der Notaufnahme von Kliniken landen, weil sie völlig unruhig sind, zittern, erweiterte Pupillen und einen rasenden Herzschlag haben, der in einem Herzstillstand enden kann. Dazu sind sie in ihrem Verhalten unberechenbar, reißen sich die Infusionen heraus und verlassen die Klinik oder werden aggressiv und schlagen zu, so daß sich Klinikmitarbeiter gefährdet fühlen. Hinzu kommen bei den Süchtigen Langzeitschäden im Gehirn. Nervenzellen werden geschädigt, Konzentrationsfähigkeit, Gedächtnis und räumliches Vorstellungsvermögen lassen nach, Zahnschäden treten auf, auch Hautausschläge. Außerdem wurden Angststörungen oder Halluzinationen beobachtet.

Darum: Hände weg von Cristal Meth!

Rauchen verändert das Erbgut des Ungeborenen

Rauchen während der Schwangerschaft verändert wichtige Regulatoren im Erbgut eines ungeborenen Kindes. Mehr als 400 solcher sogenannter Enhancer in der DNA werden dann unter Umständen dauerhaft modifiziert. Dies fanden Wissenschaftler des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) in Heidelberg und des Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) jetzt heraus. Dies wird als Erklärung angesehen für spätere Anfälligkeit solcher Kinder für Diabetes, Krebs und Lungenerkrankungen. Daten von 622 rauchenden und nichtrauchenden Müttern und deren Kindern wurden erfaßt und auf epigenetische Veränderungen am Erbgut von Müttern und Kindern untersucht. Epigenetische Veränderungen konnten sowohl bei den rauchenden Müttern als auch im Nabelschnurblut der neugeborenen Kinder nachgewiesen werden. Diese Modifikationen am Erbgut sind auch mehrere Jahre später noch an der DNA der Kinder nachweisbar. Die Genanalysen enthüllten: Durch das Rauchen werden besonders sogenannte Enhancer-Regionen im Erbgut beeinflusst. Dabei handelt es sich um DNA-Abschnitte, die eines oder mehrere Gene zu bestimmten Zeitpunkten aktivieren. Mehr als 400 Regionen im gesamten Erbgut sind vom Tabakrauch betroffen, die Gene regulieren, die unter anderem bei Diabetes, Fettleibigkeit oder Krebs eine Rolle spielen. Diese Erkenntnisse sind ein weiteres wirksames Argument, warum Jugendliche das Rauchen gar nicht erst anfangen sollten. So kommen sie nicht in die Gefahr der Abhängigkeit. (Verantwortung für die Familie e.V. www.vfa-ev.de 12.04.2016)



WICHTIGES IN KÜRZE

Vorlesen bildet

Seit einigen Jahren führt die Stiftung Lesen zusammen mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ und der Bahn-Stiftung jährlich eine Vorlesestudie durch. Im Jahr 2015 hatte sie die Wirkung des Vorlesens auf die Entwicklung von Kindern zum Thema. 524 Kinder im Alter zwischen 8 und 12 Jahren und ihre Mütter waren nach den Lesegewohnheiten befragt worden – eine repräsentative Umfrage. Dabei zeigte sich, daß Kinder aller Bildungsschichten, denen täglich vorgelesen wurde, wißbegieriger waren und lieber in die Schule gingen als andere Kinder, denen nicht oder nur selten vorgelesen wurde. Das Bildungsniveau der Eltern spielte dabei keine Rolle. Gerade wenn in den Familien wenig kulturelle Inhalte besprochen werden, gewinnen die Kinder beim Vorlesen wichtiges Wissen. Sie erreichen nicht nur gute und sehr gute Noten in Fach Deutsch in der Schule, sie entwickeln auch ein besseres Sozialverhalten. Das Erfahren vom Schicksal anderer Menschen läßt sie interessierter an ihren Mitmenschen und einfühlsamer werden („Vorlesen stärkt soziales Verhalten – Studie belegt Einfluss auf Kindesentwicklung“, Bonner General-Anzeiger 10.11.2015).

Freiwilliges Sitzenbleiben boomt

Immer mehr Schüler wiederholen eine Klasse freiwillig. Die Wiederholungen ballen sich in bestimmten Jahrgangsstufen, aus Angst vor einem schlechten Notendurchschnitt und der schicksalhaften Festlegung auf einen Beruf bzw. ein Studienfach. In den meisten Bundesländern werden freiwillige Wiederholer nicht statistisch erfaßt. Im ganzen Bundesgebiet ballen sich die Rücktritte nachvollziehbar in den Abschlußjahrgängen oder kurz davor, in der neunten Klasse bei den Schulen, die zum Haupt- oder Realschulabschluß führen, in der elften bei den Gymnasien. Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des deutschen Philologenverbandes, erklärt dies damit, daß der Übergang zwischen der Mittelstufe und der Oberstufe im achtjährigen Gymnasium nicht so reibungslos verlaufe wie im neunjährigen. Vielen Schülern werde einige Monate später bewußt, daß ihre Leistungen in der Oberstufe schon zum Abitur zählen, sie aber bereits viele Punkte verloren haben. Deshalb entschieden sie sich für die Wiederholung. In manchen Bundesländern errechnet sich die Abi-Note zu 60 Prozent aus Leistungen, die in den letzten beiden Schuljah-



ren erworben werden. Eine weitere Erklärung: Durchfallen/Sitzenbleiben ist politisch verpönt. So wird Druck auf die Lehrkräfte ausgeübt, nach Alternativen für schwache Schüler zu suchen. Deshalb sprechen die Lehrer diese Möglichkeit heute weit offensiver an, als dies früher der Fall war. In einigen Bundesländern gibt es Jahrgangsstufen, in denen gar kein Sitzenbleiben mehr möglich ist. Die Schüler werden mitgezogen. Da sammeln sich wachsende Wissenslücken an, die dann kurz vor dem Abschluss zu einer panischen Reaktion führen. Viele versuchen, mit dem Rücktritt einfach Zeit zu gewinnen. Sie haben Angst vor der Berufswelt. Gleiches gilt für Gymnasiasten. Auch auf sie ist durch die Schulzeitverkürzung der Druck gewachsen, sich früher für Studium oder Beruf zu entscheiden. Zudem hat heute gut die Hälfte

der Fächer Zulassungsbeschränkungen in Form des Numerus Clausus. (welt.de, 06.04.2016)

EU-Projekt will Schulabbruch-Quote senken

Falsche Schulform einer der Hauptgründe

Die Gründe für einen Schulabbruch sind vielfältig. Ein neues EU-Projekt will nun die Schulabbrecherquote verringern. Entwickelt hat das Programm das Gelsenkirchener Institut für Arbeit und Technik. Die Idee: Frühzeitig gegensteuern. Streß mit Lehrern, familiäre Probleme, die falsche Schulform: viele Gründe führen zu Schulmüdigkeit. Der Schulabbruch soll vor allem mit einem Coaching- oder Mentoring Programm verhindert werden. In der Praxis sieht das so aus, daß schulmüde Schüler vor einem Schulabbruch einen Mentor zur Seite gestellt bekommen, der zunächst mit dem jeweiligen Schüler das Problem bespricht, ihm hilft, seine Ziele zu definieren und einen Stufenplan zu entwickeln, wie sie erreicht werden können. Der Mentor kann ein Mitschüler sein, der besonders gut in der Schule ist, aber auch ein Familienmitglied, Lehrer oder Sozialarbeiter. Über das Mentoring hinaus gibt es weitere Maßnahmen: Gespräche mit Lehrern, Schulleitern, Eltern. Aber auch Besuche von Betrieben oder anderen Schulformen sollen stattfinden, um den Blick für Alternativen zur besuchten Schule zu weiten. Die falsche Schulform ist einer der Hauptgründe für einen Schulabbruch, erklären die Mitarbeiter des EU-Projektes vom Gelsenkirchener Institut für Arbeit und Technik. Zu hohe Anforderungen führen Schüler oft in eine vermeintlich ausweglose Si-

tuation der ständigen Überforderung und des täglichen Scheiterns.

Die Umsetzung des Projektes startet in Spanien. Auch die Eltern der Schulabbrecher sollen eingebunden werden. Letztlich kann nur Hilfe zur Selbsthilfe erfolgen: die Schulabbrecher müssen aktiv mitarbeiten.

(deutschlandfunk.de, 04.03.2016)

Schreibschrift ist wichtig

Eine Allensbach-Umfrage zu der Frage, ob das Erlernen der Schreibschrift wichtig sei, erbrachte bemerkenswerte Ergebnisse. Wichtig finden es

in der Bevölkerung insgesamt: 65 %

bei den 16-29 Jährigen 40 %

bei den 30-40 Jährigen 58 %

bei den 45-59 Jährigen 75 %

bei den 60-Jährigen und Älteren 76 %

Als Präsidentin der Kultusministerkonferenz hatte Brunhilde Kurth (CDU), Sachsens Bildungsministerin, im April 2015 erklärt: „Die zunehmende Digitalisierung können wir nicht aufhalten. Umso wichtiger ist es, daß die Schule dafür sorgt, daß alle Schüler eine individuelle und lesbare Handschrift entwickeln. Handschriftliches kann man nicht einfach löschen, man muß gut überlegen, bevor man schreibt. Damit wird das strukturierte Denken gefördert“.

Stephan Dorgerloh (SPD), noch Kultus-



minister Sachsen-Anhalts, betonte ebenfalls im April 2015, daß die Schreibschrift Bestandteil des Lehrplans in Sachsen-Anhalt sei und man daran festhalten werde. „Das, was man mit der Hand geschrieben hat, behält man besser als das, was man eingetippt hat. Die Schreibschrift wird bleiben. Sie ist Bestandteil unserer Kultur. Und deshalb hat sie an Schulen ihren festen bleibenden Platz“. (Aus: Deutsche Sprachwelt, Ausgabe 60, Sommer 2015, mit genauen Quellenangaben)

Lehrer warnen vor Schummel-Smartwatches

Zu Preisen im Bereich von 50 Euro sind in England sogenannte Cheating Watches im Internet zu erwerben. Die Uhren haben dabei einen geringen internen Speicher, auf dem Schüler und Studenten Lerninhalte abspeichern können. Während der Prüfung kann man jene direkt am Uhrendisplay ablesen. Per integriertem „Notfall-Knopf“ kann man schnell auf die Uhrzeit wechseln, falls ein Lehrer oder eine andere Aufsichtsperson zu nahe kommt. Die Uhren werden außerdem als kompatibel mit einem kleinen Ohrhörer angeboten, über den sie auch Ton ausspielen können. Manche Lehrkräfte haben bereits darauf reagiert und nehmen den Schülern ihre Uhren vor Beginn der Prüfung ab, genauso wie ihre Smartphones. (futurezone.at, 04.03.2016)

Mit Bewegung gegen Hyperaktivität

Mit 60 Tagesveranstaltungen, die die Rheinische Akademie im Förderverein Psychomotorik in Bonn 2016 anbietet, soll Schülern bei der Bewältigung von Lernproblemen geholfen werden. Die Nutzung der engen Wechselbeziehung der Bewegung zu den anderen Persönlichkeitsbereichen stelle eine sehr effektive und kindgemäße Form der Entwicklungsförderung dar, heißt es auf der Internetseite. Mathe in Bewegung, Spiel und Bewegung für die Kleinsten sind Veranstaltungen des Programmes. In Kursen werden zudem grundlegende Kenntnisse über die Bewegungs-, Spiel- und Wahrnehmungsentwicklung von Kindern weitergegeben. Durch eine enge Verbindung von Praxis und Theorie probieren Teilnehmer die Angebote (Schaukeln, Klettern, Balancieren, Rhythmusspiele, gestalterische und haptische Angebote etc.) selbst aus. Das Angebot der Rheinischen Akademie wird von Erziehern, Lehrern und Therapeuten für ihre psychomotorische Arbeit in Kindergärten, Schulen oder therapeutischen Einrichtungen wahrgenommen. Am 21. Mai 2016 findet zudem die bundesweite Fachtagung Psychomotorik unter dem Thema „Was mich bewegt – lerne ich!“ statt. Weitere Informationen unter www.psychomotorik-bonn.de. (generalanzeiger-bonn.de, 02.01.2016)

Deutschland gibt zu wenig Geld für seine Grundschüler aus

Der Bericht „Bildung auf einen Blick“ 2015 der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), dessen Daten diesmal aus den Jahren 2012 bis 2014 stammen, lobt die gute Annahme von Kitas und Kindergärten in Deutschland, weist aber auch auf Defizite hin. So gibt Deutschland zwar mehr als der OECD-Durchschnitt pro Schüler und Student aus, liegt aber bei den Grundschulern unter dem Durchschnitt. Zu wenig also dort, wo die Basis für den Bildungserfolg gelegt wird, und tendenziell zu viel in den höheren Klassenstufen, in denen vieles schon entschieden ist. Auch weiterhin investiert Deutschland nur 4,4 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in die Bildung, 5,3 Prozent sind es im OECD-Durchschnitt (zeit.de 21. Dezember 2015, 18:18 Uhr DIE ZEIT Nr. 48/2015, 26. November 2015)

Rechtschreibreform war überflüssig

Der bayerische Ex-Kultusminister Zehetmair (CSU) kritisiert die vor zehn Jahren durchgesetzte Rechtschreibreform scharf, obwohl er selbst daran erheblich mitgewirkt hat. Zehn Jahre nach Inkrafttreten der Rechtschreibreform geht der langjährige bayerische Kultusminister mit der neuen Orthographie hart ins Gericht. Die Reform sei überflüssig gewesen, der Streit um die Reform „gespenstisch“. Er müsse sich vorwerfen, er habe als Kultusminister nicht frühzeitig die Tragweite erkannt und die Reform in geordnete Bahnen gelenkt. Im nachhinein hält es Zehetmair für einen Fehler, daß

die Politik die Rechtschreibregeln geändert habe: „Das sollte nie wieder vorkommen, die Lektion haben alle gelernt.“ Behutsame Änderungen der Schriftsprache seien nötig.

„Sprache ist nicht statisch“, sagt Zehetmair, „sondern ein lebendiger Prozess. Aber ob man Friseur mit ö schreibt oder mit eu – wen sollte das aufregen?“ Am 1. August 2005 waren auf Beschluß der Kultusminister in 14 Bundesländern neue Rechtschreibregeln an den Schulen in Kraft getreten, 2006 zogen dann Bayern und Nordrhein-Westfalen nach.
(welt.de 29.07.2015)

Kettenbrief sorgt für Angst unter Schülern

Kettenbriefe mit heftigem Inhalt machten im Herbst an den Schulen im Kreis Unna die Runde. Von Handy zu Handy wurde die Nachricht verschickt und verbreitete Angst und Unsicherheit: der Verfasser drohte den Empfängern mit Terror und einem brutalen Tod. Der Empfänger solle den Kettenbrief an zwanzig Kontakte weiterschicken und zwar innerhalb von zehn Minuten. Mythen dieser Art verbreiten sich im Internet-Zeitalter über soziale Netzwerke und Handys rasend schnell, dazu gehört zum Beispiel auch die erfundene Geschichte von den für den Organhandel entführten Kindern oder der Bericht über die angeblich mit einem Narkosemittel getränkten Visitenkarten. Eltern werden aufgefordert, ihre Kinder aufzuklären, daß sie keine Angst haben müssen. Hinter dieser Nachricht steht nach Auskunft der Kreis-



polizeibehörde in Unna keine wirkliche Person, und das Ignorieren und Löschen der Nachricht habe keine Folgen. Wenn ein Brief oder eine WhatsApp-Nachricht jedoch tatsächlich Anhaltspunkte für eine konkrete Bedrohung liefert, also etwa durch eine bekannte Person, ist die Polizei der richtige Ansprechpartner. Der Tatbestand der Bedrohung und Nötigung, den der Inhalt des

Briefes erfüllt, ist nur sehr schwer einem Verursacher konkret nachzuweisen. Ein Empfänger, der den Brief an seine Kontakte weiterschickt, könnte sich eventuell auch für den Tatbestand der Bedrohung oder Nötigung verantworten müssen. Schulen sollten das Thema im Unterricht behandeln. (lokalkompass.de, 23.10.2015)

Pubertäres oder süchtiges Verhalten?

Ständiges „Daddeln“ der jugendlichen Kinder auf dem Mobiltelefon wird immer häufiger zur Herausforderung für Eltern. An einem Infoabend darüber in Wagenfeld (Kreis Diepholz) mit dem Diplom-Sozialpädagogen Christian Caselitz bekamen Eltern hierzu Hilfestellung. Eltern müssen sehr interessiert sein an dem, was ihre Kinder spielen, und an deren Mediennutzung. Die virtuelle Welt bediene die Bedürfnisse der Jugendlichen in besonderer Weise: Neben den Gefahren seien Gestaltungsspielräume, Orientierung und Interaktion durchaus als positiv zu bewerten. Pathologischen Mediengebrauch verstehe die Wissenschaft als Verhaltensstörung; diese liege vor, wenn der Online- oder Internetbesucher einen Rückzug aus der wirklichen in eine virtuelle Welt angetreten habe. Als sehr bedenklich stufte der Referent den Konsum von sogenannten brutalen „Ballerspielen“, Pornographie-Kanälen und Spielen mit Unendlichkeitsprinzip ein. Solche Bilder könnten Jugendliche nicht verarbeiten und dem Fortsetzungsdrang nicht widerstehen, hier seien Kontrolle und Regeln gefragt. Sucht sei komplex, immer in Wechselwirkung von Person, Umwelt und Suchtmittel zu sehen. Sucht funktioniere nur mit Bindung und resultiere zumeist aus verdrängten Sehnsüchten und Problemen. Die Droge sei nicht die Sucht, sondern nur der vermeintliche Ausweg. Was Eltern tun können: Kinder ernstnehmen, eine vertrauensvolle Beziehung ohne Angst aufbauen, Interesse zeigen, Regeln gemeinsam erarbeiten, ein realistisch authentisches Vorbild sein, klare Grenzen setzen und Verhaltensalternativen anbieten. Die Eltern sollten sich informieren und den Kindern altersgerechte Freiräume, im besten Fall gemeinsame Aktivitäten, bieten, eine wertschätzende Haltung einnehmen und Sparringspartner für die Kinder sein. „Jugendliche brauchen Reibung zum Erwachsenwerden, nehmen Sie sich die Zeit und überlassen Sie das nicht dem Internet“, war Caselitz' Appell. (kreiszeitung.de, 20.02.2016)